

12. APR. 1965

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/69

Bonn, den 9. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Zehn goldene Regeln

43

Grundlage sozialdemokratischer Regierungspolitik

Von Helmut Schmidt,  
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg,  
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

2 - 2b

Nur noch vier Wochen ...

122

Die Weltpolitik gerät wieder in Bewegung -  
Und das Deutschlandproblem?

Von \* \* \*

3

Ein wichtiger Weg zur Hochschulreife

47

Hamburg eröffnete vor 20 Jahren sein erstes Abendgymnasium

4

Zweimal Majonica

44

Erlers "Fehler" - Majonicas "deutsche Opfer"

5 - 6

Wohin steuert Frankreich ? (I)

96

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunschedtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 219 01/819 • Redaktion 218 31/32 • Telex: 8886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

## Zehn goldene Regeln

---

### Grundlage sozialdemokratischer Regierungspolitik

Von Helmut Schmidt,  
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg,  
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

Auch die vierte Bundesregierung unter Führung der CDU mit allen ihren Schwankungen, Finessen und Verfilzungen des Machtapparates hat klar erkennen lassen, dass in Deutschland eine Wachablösung notwendig ist. Unser Volk aber soll wissen, wie sich die Sozialdemokratie ein geordnetes Haus vorstellt, nach welchen Prinzipien sie zu regieren gedenkt und welche Maßstäbe eine von der SPD gebildete Regierung ihrem eigenen Verhalten zugrunde legt.

Folgende zehn goldene Regeln sind richtungweisend für die Deutsche Sozialdemokratie:

1. Die Trennung der Gewalten ist oberstes Gebot. Alle Abgeordneten haben die Regierung zu kontrollieren und nicht ihr zu gehorchen.
2. Alle Abgeordneten sind Vertreter des g a n z e n Volkes. Wenn es in Bonn schon in zunehmendem Maße Interessen- und Verbandsvertreter gibt (Lobbyisten), müssen diese nicht noch unbedingt im Bundestag sitzen.
3. Die deutsche Justiz muss ihre volle Unabhängigkeit wahren können. Wer bei "spanischen Verhaftungen" mitwirkt, ist für die Mitarbeit in der Regierung ungeeignet.
4. Alle Regierenden haben peinlichst die Gesetze zu achten, genauso wie jeder andere Staatsbürger. Wer widerrechtlich Telefongespräche abhört und erklärt, er könne "nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen", ist für die Regierung ungeeignet.
5. Die Informations- und Meinungsfreiheit muss unangetastet bleiben. Wer seine Macht missbraucht, zwei Wochenschaun aufkauft und bei einer Notstandsgesetzgebung die Meinungsfreiheit einschränken will, ist in der Regierung eines demokratischen Staates fehl am Platze.
6. Auch Regierungsmitglieder sind zur Ehrlichkeit gegenüber dem Parlament verpflichtet.
7. Minister dürfen nicht mit zwei Zungen reden. Wer auf seinen Parteitagen in Frankfurt (FDP) und in Düsseldorf (CDU) anders spricht als im Bundeskabinett, ist unglaubwürdig und hat in der Regierung nichts zu suchen.
8. Politische Parteien gehören nicht an die Futterkrippe des Steuerzahlers. Staatliche Zuwendungen dürfen höchstens für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit gegeben werden.
9. Wer regiert, darf den Regierungsapparat nicht für Parteizwecke missbrauchen. Deshalb gehören die über 100 Millionen DM des Geheimfonds der Bundesregierung und andere Geheimitel im Bundeshaushalt endlich unter parlamentarische Kontrolle.
10. Deutschland kann sich keine Minister und Staatssekretäre mehr leisten, die schon unter Hitler hoheitliche Aufgaben wahrgenommen haben. Sie schädigen unser aller Ansehen und haben deshalb in der Regierung unseres demokratischen Staates nichts zu suchen. + + +

Nur noch vier Wochen ...

Die Weltpolitik gerät wieder in Bewegung -  
Und das Deutschlandproblem ?

Von \* \* \*

\* Von einem zuverlässigen Freund im Bonner Auswärtigen Amt er- \*  
\* halten wir die nachstehende Darstellung einiger weltpoliti- \*  
\* scher Vorgänge, die zur Zeit die Aussenministerien der Gross- \*  
\* mächte zu höchster Wachsamkeit veranlassen. Das allgemeine \*  
\* Interesse, das diese Schilderung erwecken dürfte, hat uns zu \*  
\* deren ungekürzter Veröffentlichung veranlasst, obwohl wir in \*  
\* einigen Punkten nicht unbedingt die Auffassung des Verfassers \*  
\* teilen. Die Redaktion \*

\* \* \*

Seitdem US-Präsident Johnson zu erkennen gegeben hat, die Vereinigten Staaten seien zu "Gesprächen ohne Bedingungen" über die Beilegung des Vietnam-Konflikts bereit, und nachdem bekanntgeworden ist, US-Aussenminister Dean Rusk mache auf dem Rückflug von der Centa-Tagung in Teheran in Genf Station, wollen die Gerüchte von einer "neuen Friedensoffensive" - basiert auf einem stillschweigenden Einvernehmen zwischen Moskau und Washington - nicht verstummen. In den USA neigt man immer mehr zu der Auffassung, dass der Konflikt um Vietnam rein militärisch nicht zu beenden sei, wenn auch die Meinungen darüber noch geteilt sind. In Moskau möchte man ohne Zweifel das Vietnam-Problem nicht unabhängig von Verhandlungen über andere Krisenherde in der Welt angehen und hat deshalb in Genf andeuten lassen, man sei zu einer nächsten Runde bei den Abrüstungsverhandlungen des UNO-Unterausschusses bereit. Daher wahrscheinlich der Blitzbesuch von Dean Rusk in Genf. Hinter all' dem steht natürlich der drohende Schatten Peking's.

In dieses Bild passen auch die Bemühungen der britischen Labourregierung, eine neue Diskussion über die strategische Planung des NATO-Bündnisses in Gang zu bringen, ein Vorsetz, der - zwar mit unterschiedlichen Akzenten - in Dänemark und Norwegen, sowie in Paris befürwortet wird. Nicht zuletzt ist dieses Thema wohl einer der wichtigsten Punkte bei den zur Zeit in Bonn stattfindenden Gesprächen zwischen dem britischen Verteidigungsminister Healey und seinem deutschen Kollegen von Hassel.

\* \* \*

Alle diese Fühlungen gehen von der Erkenntnis der Grossmächte aus, dass infolge der rasanten Entwicklung der Waffentechnik und die heute gegebenen unvorstellbaren Zerstörungsmöglichkeiten die rein militärische Lösung von Konflikten an irgendeinem Punkt der Welt ausschliessen. Das annähernde Gleichgewicht der Zerstörungskräfte dürfte erreicht sein, so dass für alle Beteiligten eigentlich nur die Wahl zwischen der Fortsetzung von Vernichtungsdrohungen sowie weiteren Aufrüstungsmassnahmen oder der gleichwertige Abbau des Rüstungspotentials auf beiden Seiten übrigbleibt.

\* \* \*

Aber auch im Falle der Einsicht, dass der zweite Weg der vernünftiger ist, bleibt an vielen Punkten der Welt die Frage nach der politischen Regelung bestehender Konflikte offen. In diesem Zusammen-

hang taucht immer wieder das ungelöste Deutschlandproblem auf.

Hier haben sich beide Seiten nach der langen Periode vermeintlich militärischer Notwendigkeiten auf einen Prestigestandpunkt zurückgezogen, der trotz des Wissens um die Explosivkraft der ungelösten deutschen Frage zur Zeit kaum einen Ausweg gestattet. Auf beiden Seiten neigt man daher allzu oft zu der Vorstellung, es sei wohl am besten, das Deutschlandproblem "einfrieren" zu lassen und sich mit dem Zustand der jetzigen Teilung Deutschlands und Europas vorläufig abzufinden.

Natürlich weiss man ebenso gut in Washington wie in Moskau, dass die Bundesrepublik auf keinen Fall ihre Bemühungen, den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu finden, aufgeben kann und wird. Aber auch die Stimmung der Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone ist bekannt. Sie wird zwar durch die offiziellen Erklärungen Pankows überdeckt, kommt jedoch immer wieder dann elementar zum Ausdruck, wenn - wie beim Passierscheinabkommen und bei den Rentnerbesuchen in der Bundesrepublik - Millionen Deutsche von beiden Seiten der Mauer und der Zonengrenze die Möglichkeit haben, sich wieder einmal zu sehen und zu sprechen. Auf die Dauer empfindet man dieses Drängen der Zonenbevölkerung nach der Wiedervereinigung auch in Moskau stärker, als Pankow es wahrhaben will.

\* \* \*

Aus allen diesen Gründen rückt gerade jetzt, da man sich im Osten wie im Westen der zwanzigjährigen Wiederkehr der Niederschlagung der Hitler-Diktatur erinnert, immer stärker der Gedanke in den Vordergrund, ob es nicht doch endlich an der Zeit sei, eine F r i e d e n s r e g e l u n g für Deutschland anzusteuern. Solange man geglaubt hatte, militärisches Potential allein genüge, um den Status quo, d.h. die Spaltung Deutschlands abzusichern, war diese Frage nicht so akut. Aber gerade die jüngsten Störaktionen Pankows aus Anlass der Berlin-sitzung des Deutschen Bundestages haben deutlich gemacht, wie schnell unter Umständen das Pulverfass, auf dem ganz Europa wegen des nicht gelösten deutschen Problems sitzt, explodieren kann.

\* \* \*

Es ist kein Geheimnis, dass bei den langwierigen Verhandlungen des Botschafter-Lenkungsausschusses über Sinn, Zweck und Inhalt einer neuen Deutschlandinitiative des Westens sehr oft an die Vertreter der Bundesrepublik die Frage gestellt wurde, welches die Elemente seien, die die Bundesrepublik zu einer s i n n v o l l e n Deutschlandinitiative beisteuern würde. In diesem Zusammenhang ist auch das

Erstaunen darüber zum Ausdruck gekommen, daß man die kürzlich veröffentlichten Vorschläge des SPD-Vorsitzenden und Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, sowie des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Deutschen, Wenzel Jakob, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten noch nicht zum Gegenstand offizieller Erörterungen gemacht hat. Mangels konkreter Antworten von deutscher Regierungsseite zog man sich zunächst auf eine in Aussicht gestellte neue Deutschlandklärung zurück, in der noch einmal die Verpflichtung der Alliierten festgestellt werden soll, daß sie nach wie vor bereit seien, dem deutschen Volk zu seinem Recht auf Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu verhelfen.

Möglicherweise bleibt es dabei. Sollte dies jedoch der Fall sein, dann ist für lange Zeit damit zu rechnen, daß es beim jetzigen Zustand des Status quo bleibt.

\* \* \*

Die Kehrseite eines solchen Verhaltens wäre jedoch ein ständig wachsender Druck, auch vieler mit der Bundesrepublik befreundeter Staaten - besonders jedoch der neutralen Staaten auf die Bundesrepublik - nunmehr anzuerkennen, daß man sich in Bonn mit eben diesem Status quo abzufinden gedulde und nicht weiterhin "Störenfried" sein wolle.

Gerade die neutralen Staaten sind in dieser Beziehung nicht zu unterschätzen. Es hat in der ganzen Welt einiges Aufsehen erregt, als man erfuhr, daß Präsident Johnson zu seiner jetzt gegenüber dem Vietnam-Problem eingenommenen Haltung nicht zuletzt durch eine Intervention der blockfreien Staaten veranlaßt wurde. Gewiß war diese Intervention nicht der einzige Grund, der Johnson zur Bereitschaft veranlaßt hat, in Verhandlungen zu treten. Sie war jedoch ein sehr gewichtiger Grund.

Noch gewichtiger dürfte jedoch die Tatsache gewesen sein, daß sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, bereit erklärt hat, auf der Grundlage von Johnsons Angebot, seine ganze Autorität als Vermittler im Vietnamkonflikt einzusetzen.

\* \* \*

Man kann sich demzufolge ungefähr ausrechnen, welche Möglichkeiten die blockfreien Staaten auch gegenüber der Bundesrepublik haben würden, wenn sich die jetzt noch amtierende Bundesregierung weiterhin so verhält, als lebten wir vier Wochen vor dem 20. Jahrestag der Niederschlagung der Hitlerdiktatur in der besten aller Welten.

+ \* \*

## Ein wichtiger Weg zur Hochschulreife

Hamburg eröffnete vor 20 Jahren sein erstes Abendgymnasium

sp - Unter den Bildungseinrichtungen, die Erwachsenen und Berufstätigen noch einen Weg zur Hochschulreife bieten, steht das Abendgymnasium heute nach Zahl der Studierenden und Absolventen weitaus an der Spitze. Seine Wurzeln reichen zurück in das Berlin der zwanziger Jahre. Eine breitere Entfaltung erfuhren die Abendgymnasien nach dem zweiten Weltkrieg, als viele junge Menschen heimkehrten und nach einer Möglichkeit suchten, ihre unterbrochene Ausbildung abzuschliessen oder eine neue zu beginnen (erste Gründung: Hamburg 1945). Inzwischen hat sich die Zahl der kommunalen, staatlichen und staatlich anerkannten Abendgymnasien in der Bundesrepublik auf 33 erhöht, ihre Organisation ist nach einer Vereinbarung der Kultusminister von 1957 vereinheitlicht, ihre innere Struktur durch klare Zielsetzung gefestigt worden.

Heute sind die Abendgymnasien Einrichtungen, in denen berufstätige junge Menschen die Möglichkeit haben, den Zugang zur Universität zu erreichen. Die wichtigen Aufnahmebedingungen: Mindestalter 19 Jahre, abgeschlossene Berufsausbildung oder dreijährige Berufstätigkeit, Fortsetzung der Berufstätigkeit während der Schulzeit bis auf das letzte Jahr, in dem den befähigten und bedürftigen Studierenden Beihilfen gewährt werden.

Die Dauer der Schulzeit ist unterschiedlich. In Hamburg können - ohne Aufnahmeprüfung - ehemalige Volksschüler in vier Jahren zur Reifeprüfung kommen; junge Leute mit Mittelschulabschluss ("Mittlere Reife") benötigen drei Jahre bei 22 Wochenstunden Unterricht. Hamburg steht nach Zahl der Studierenden und Abiturienten an der Spitze der Abendgymnasien in der Bundesrepublik. Mit etwa 850 Studierenden an zwei Abendgymnasien hat es die relativ grösste Zahl unter allen Bundesländern, und mit einem Anteil von 6 Prozent an der jährlichen Gesamtzahl der Hamburger Abiturienten liegt Hamburg weit über dem Bundesdurchschnitt, in dem nur 1,5 Prozent aller Abiturienten aus Abendgymnasien stammen. - Wie sehr das Abendgymnasium der heute immer wieder erhobenen Forderung entspricht, es müsse eine grössere Zahl aus breiteren Schichten zur Hochschulreife geführt werden, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Etwa 50 Prozent aller Studierenden kommen aus der Volksschule, 30 Prozent aus der Mittel- oder Realschule, 20 Prozent aus dem Gymnasium. - Diese jungen Menschen sind durch Berufs- und Lebenserfahrung reifer geworden; viele sind verheiratet, nicht wenige haben Kinder. Sie setzen sich jahrelang nach einem vollen Arbeitstag von Montag bis Freitag abends vier bis fünf Stunden auf die Schulbank. Allein die dazu nötige Energie und Selbstüberwindung in Verzicht auf einen angenehmen Feierabend bedeuten eine Qualifikation.

Natürlich gibt es auch Versager. Manche überschätzen die eigenen Fähigkeiten. Die meisten von ihnen geben im ersten oder zweiten Halbjahr auf, wenn sie die Grenzen ihrer Befähigung oder ihrer physischen Kraft erkannt haben. Die Aufgabe der Lehrer ist schwer, aber doch schön. Schwer, weil auch sie auf ihren Feierabend verzichten müssen, schwer, weil sie ganz neuen pädagogischen didaktischen Problemen gegenüberstehen; leicht und schön aber, da alle Studierenden aus freiem Entschluss kommen, ihre menschliche Reife mitbringen und den Willen, den Anforderungen der Schule zu genügen.

Zweimal Majonica

Erlers "Fehler" - Majonicas "deutsche Opfer"

WAR - "Vor dem Hintergrund der Zustimmung aller drei Westmächte wirkt der Versuch Erlers, negative Zensuren über die Politik Frankreichs zu erteilen, recht peinlich. Er (Erler) ist in den Fehler verfallen, de Gaulles langfristiges Programm der Überwindung der deutschen Spaltung durch das Zusammenwachsen Europas als eine Alternative zur Aktualisierung des deutschen Problems darzustellen. Wir haben aber die Zusicherung des französischen Präsidenten zu einer Initiative, die nicht auf eine ferne Zukunft verlegt, sondern noch in diesem Jahre ergriffen werden soll. De Gaulles Pläne müssen also additiv und nicht alternativ gesehen werden... Erler hat damit, dass er in seinem Artikel im 'Foreign Affairs' die französische Politik so negativ beurteilt, den beginnenden Botschafterverhandlungen einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Nicht de Gaulle zerstört damit Hoffnungen - wie Erler schreibt - sondern er selbst."

Ernst M a j o n i c a, MdB, Vorsitzender des aussenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion, am 18. März 1965 im offiziellen CDU-Dienst, DUD.

"Der französische Standpunkt enthält für die deutsche Position eine Reihe von Gefahren. Die Regelung der Agrarfrage bedingt neue deutsche Opfer. Im politischen Leben ist es so, dass die Bereitschaft, auf die Wünsche der anderen Seite einzugehen, meist nur so lange vorhanden ist, als auch noch eigene Wünsche offen sind. Ein Ausgleich ist nur möglich, wenn beide Seiten ihre Forderungen Zug um Zug gegeneinander aufrechnen können... Jedenfalls sollte der neuerliche französische Vorstoss dafür Anlass sein, die europäische Lage sehr nüchtern zu beurteilen. Mit Begeisterung allein kommt man nicht weiter. Vor allem dann nicht, wenn man es mit einem Partner wie de Gaulle zu tun hat, der eine grosse Geste sehr wohl mit einer klugen Vertretung eigener Interessen zu verbinden weiss... Je umfassender das Gesamtbild der politischen Lage ist, das wir uns machen, um so besser werden wir unter Verhinderung deutscher Vorleistung zu einer Politik des Nehmens und Gebens kommen, die im Endziel dann ganz Europa dient." Diese umwerfenden Worte schrieb Herr Majonica, siehe oben, am 7. April, also gut zwei Wochen später, ebenfalls im DUD.

Es stellen sich nun folgende Fragen:

Schrieb Herr Majonica am 18. März bewusst die Unwahrheit nur deshalb, um Erler und somit der SPD einen Klotz ans Bein zu hängen?

Oder war Herr Majonica einfach uninformiert? Das wäre genau so schlimm.

Oder ist Herr Majonica plötzlich zu der Einsicht gekommen, dass Erler mit seiner vorsichtigen Mahnung doch Recht gehabt hat? Dann sollte Herr Majonica das auch offen zugeben.

Oder will Herr Majonica seinerseits, laut seiner eigener Logik, durch miserable Zensuren an der französischen Politik den "beginnenden Botschafterverhandlungen einen sehr schlechten Dienst erweisen und die Hoffnungen auf einen Erfolg zerstören"?

## Wohin steuert Frankreich? (I)

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

1965 ist in Frankreich Wahljahr ähnlich wie in der Bundesrepublik. Die Gemeindewahlen im März waren nur der Auftakt für die Präsidentenwahlen im Dezember und für die Parlamentswahlen im nächsten Jahr. De Gaulles Amt als Staatspräsident läuft in diesem Jahr ab. Das ist ein Kernproblem für Frankreich.

Wahrscheinlich wird de Gaulle wieder kandidieren; "wenn seine Kräfte es zulassen", wie er selbst sagt. Ob er aber eine neue siebenjährige Amtsperiode auch durchhalten kann und will, steht keineswegs fest. So oder so, der Kampf um die Nachfolge hat begonnen; innerhalb der gaullistischen Partei in Form persönlicher Auseinandersetzungen, ausserhalb der UNR in weiter politischer Arena im ganzen Land, als Wettlauf zwischen den politischen Kräften.

### Eine Art Ausnahmezustand

Kann und will Frankreich auch nach de Gaulle von der gaullistischen UNR regiert werden, also von Ministern und Politikern, die im politischen Leben Frankreichs relativ neu sind und ihre Macht nur der überragenden Persönlichkeit des Generals und einer Art Ausnahmezustand verdanken? Das ist die Frage. Nach dem Resultat der Gemeindewahlen im März 1965 wird sie von den meisten Franzosen mit NEIN beantwortet. Die gaullistische Parteiführung ist sich dessen bewusst, wenn auch nach aussen hin zweckoptimistische Erklärungen gegeben werden, um "das Gesicht zu wahren".

De Gaulle und sein engerer Kreis waren in Frankreich jahrelang politisch isoliert, bis sich 1958 im Gefolge des Algerienkrieges und der rechtsradikalen Putschversuche eine günstige Gelegenheit ergab. Einerseits forderten die rechtsradikalen Militärputschisten die Machergreifung de Gaulles, in der Annahme, er werde die FLN besiegen und die parlamentarische Demokratie abschaffen, also eine Art französische Franco-Diktatur errichten. Andererseits gab die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten einschliesslich der demokratischen Links- und Mittelparteien de Gaulle einen Vertrauensvorschuss, in der Annahme, er werde die Maiputschisten sündigen und sich schützend vor die parlamentarische Demokratie stellen.

Wie man heute sieht, haben sich die Annahmen der einen und der anderen nur zum Teil erfüllt. De Gaulle schloss nach jahrelangen Geheimverhandlungen mit der FLN seinen Frieden und unterdrückte die rechtsradikalen Putschversuche mit Unterstützung der Linksparteien und der Gewerkschaften. Zugleich baute er die parlamentarische Demokratie ab und erzwang eine Serie von autoritären Verfassungsreformen, nach welchen der Staatspräsident nicht nur für einen vorübergehenden Notzustand, sondern dauernd zu einem Schiedsrichter mit schier unbeschränkten Vollmachten wird.

### Von der RPF...

Um aus diesem Ein-Mann-Regime ein dauerndes System auch nach de Gaulle zu machen, hätten die Gaullisten rechtzeitig eine eigene, wirklich lebensfähige Partei organisieren müssen, die unabhängig von der Persönlichkeit de Gaulles im Volk verankert wäre. Das eben ist ihnen nicht gelungen, und daher hat der Gaullismus ohne de Gaulle oder nach de Gaulle in Frankreich wenig Chancen.

Schon die erste gaullistische Parteigründung der RPF (Rassemblement du Peuple Français = Sammlung des französischen Volkes) endete zu Beginn der fünfziger Jahre mit einem Bankrott. De Gaulle hatte sich damals an der Spitze dieser Bewegung zu sehr festgelegt; nach dem Zusammenbruch der RPF wurde er in dieser Beziehung vorsichtiger. Er begriff, dass es nicht möglich ist, einfach mit einer neuen Parteigründung die in Frankreich tief verwurzelten alten Parteien aus dem Sattel zu heben. Er musste sich damit abfinden, die Hilfe dieser alten parlamentarischen Parteien und auch der Kommunistischen Partei im Abwehrkampf gegen eine rechtsradikale Gefahr in Anspruch zu nehmen.

#### ... zur UNR

Die UNR (Union der neuen Republik) wurde erst nach de Gaulles Rückkehr zur Macht künstlich von oben her aufgezogen, ohne eigentliches Programm, ohne nennenswerte Anzahl eingeschriebener Mitglieder und zumeist ohne Funktionäre. Also ein Skelett ohne Fleisch und Blut. Nur an wenigen Stellen ist es der UNR gelungen, örtliche Organisationen zu schaffen, die wirklich "verankert" sind.

Ein Teil der gaullistischen Führung drängt allerdings schon seit langem auf "Durchorganisierung" und Stärkung des Parteiapparates, so Innenminister Frey auf der UNR-Konferenz am Vorabend der Gemeindewahlen. Diese "Jungtürken" wurden aber nicht gehört. Ein realistischer denkender Flügel des Gaullismus meint, man sollte auf derartige Experimente lieber verzichten und den RPF-Bankrott nicht vergessen; besser wäre es, solange man noch dank de Gaulle an der Macht sei, sich mit den anderen Parteien der "nationalen" Rechten und Mitte über einen lebensfähigen Kompromiss zu verständigen. - Die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden entgegengesetzten Auffassungen hat sich nach der gaullistischen Märzblamage verstärkt und ist in vollem Gange.

#### Gescheiterte Staatspartei

Wie wir sahen, ist vor sieben Jahren die Macht de Gaulle und den Gaullisten in einer besonderen nationalen Notlage in den Schoß gefallen. Gewiss hätte der Gaullismus diese Zwangslage für die Errichtung einer Dauerherrschaft auch nach de Gaulle ausnützen können - w e n n es ihm rechtzeitig gelungen wäre, in der Bevölkerung als Partei und nicht als blosser Personenkult Fuss zu fassen und w e n n die anderen französischen Parteien nicht so verwurzelt wären, wie sie es eben immer noch und wieder sind.

Natürlich haben die Gaullisten keine Anstrengungen gescheut. Sie haben die UNR aufgezogen, konnten es sich aber nicht erlauben, die anderen Parteien einfach aus dem Wege zu räumen, etwa wie das zwischen den beiden Weltkriegen in Italien, Deutschland, Österreich und Spanien geschah. Die demokratischen Traditionen sind eben in Frankreich so sehr verwurzelt, dass selbst rechtsextreme Bewegungen hier fast immer gezwungen sind, gewisse Rücksichten zu nehmen und unter "demokratischer" oder "republikanischer" Flagge aufzutreten.

Die Kraft der französischen Demokratie und die Schwäche des Gaullismus bedingen einander gegenseitig. Wären die demokratischen Links- und Mittelparteien wirklich so schwach und nur "politischer Staub", wie es die gaullistische Propaganda glauben machen will, dann hätte die UNR grössere Chancen. Wäre umgekehrt der Gaullismus als Partei und Ideologie unabhängig von de Gaulles Person für die Franzosen heute eine wirkliche Anziehungskraft, so hätten sich die parlamentarisch-demokratischen Parteien in den letzten Jahren nicht behaupten, erholen und stärken können.

(Wird fortgesetzt)